

Bezugspreis: Vierteljahr 2.50 M., monatlich 2.50 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die abgehaltene Anzeigenliste ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 9. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

100 Milliarden vorläufige Kriegsschädigung.

Das Kapitel über die „Wiedergutmachungen“ im Friedensvertrag entpuppt sich — wie wir schon in der Morgenausgabe an Hand der finanziellen Klauseln feststellen konnten — als eine verkappte Wahrnehmung aller Geldforderungen, die die Entente für überhaupt erfüllbar hält.

Erster Teil. Deutschland ist für alle Verluste, alle Schäden, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Nationalen infolge des Krieges erlitten, verantwortlich. Die verbündeten Regierungen erkennen an, daß die Hilfsquellen Deutschlands nicht genügen, wenn die anbauende Wiedergutmachung infolge der übrigen Bestimmungen des Vertrages berücksichtigt wird, um die vollständige Vergeltung aller dieser Verluste und dieser Schäden sicherzustellen.

Deutschland verpflichtet sich, alsbald eine entsprechende Emission besonderer auf den Inhaber lautender, in Goldmark am 1. Mai 1926 oder nach Wahl Deutschlands am 1. Mai eines früheren Jahres zahlbarer Schuldverschreibungen vorzunehmen. Die Höhe des Schadens, für den Deutschland verpflichtet ist, wird ebenfalls durch die Kommission für die Reparationen festgelegt.

Zwanzig Milliarden Mark Gold bis zum 1. Mai 1921, ohne Interessen, sodann vierzig Milliarden Mark Gold

zwischen 1921 und 1926 mit 2 1/2 Prozent Zinsen, von 1926 ab mit 5 Prozent Zinsen und 1 Prozent Amortisation auf den Gesamtbetrag der Emission, endlich als sofortige Deckung eine schriftliche Verpflichtung, sobald die Kommission überzeugt sein wird, daß Deutschland die Zinsen und die Amortisation solcher Schuldverschreibungen sichern kann, über weitere vierzig Milliarden Mark fünfprozentiger in Gold zahlbarer

Schuldverschreibungen auszugeben. Die Kommission kann als Anerkennung und Bürgschaft der unter ihre jetzt bestehenden Bedingungen von Zeit zu Zeit neue derartige Emissionen vornehmen.

Warenlieferungen.

Deutschland übernimmt die Verpflichtung, bis zu 50 Prozent seiner Vorräte an Farben sowie chemischen und pharmazeutischen Produkten der Kommission für Reparationen zu überlassen. Ueberdies wird Deutschland während der Zeit von Inkrafttreten des Vertrages bis zum 1. Juli 1920, sodann während jeder sechsmonatlichen Periode bis 1. Januar 1926 immer 25 Prozent der Produktion an Farben sowie chemischen und pharmazeutischen Produkten überlassen.

Die deutsche Regierung erkennt unabweislich die der Kommission für Reparationen durch den Friedensvertrag zuerkannten Rechte an und wird der Kommission alle von ihr gewünschten Informationen zur Feststellung deutscher Verpflichtungen liefern und den Kommissionsmitgliedern und ihren Beauftragten alle Vorrechte diplomatischer Vertreter befreundeter Mächte zuerkennen.

Der Verzicht auf die Auslandsansprüche.

Die Abschnitte des Friedensvertrages über den Verzicht auf Deutschlands Ansprüche an Ueberseeestaaten und Kolonien sind durch die neuen Telegramme noch dahingehend zu ergänzen:

- 1. Die aus Verträgen mit Siam, Liberia und Ägypten herzuleitenden Ansprüche Deutschlands werden annulliert.
2. Ebenso muß Deutschland auf alle Rechte auf Marokko verzichten, das Staatsgebiet an Frankreich abtreten und die Vorkriegsrechte sowie den deutschen Anteil an der Staatsbank von Marokko an Frankreich abgeben und die eigenen Staatsangehörigen für diese Verluste entschädigen.
3. Hinsichtlich der Türkei und Bulgarien hat Deutschland alle Verabredungen dieser Staaten mit den Ententemächten anzuerkennen.
4. Die deutschen Rechte auf Schantung gehen frei und lastenlos auf Japan über.

Deutschland im internationalen Verkehr.

Deutschland verzichtet auf den größten Teil seiner Ueberseekebel, deren Sachwert von dem Konto „Vergeltung“ abgerechnet wird.

Warentransporte von den alliierten Staaten nach Deutschland und der Durchgangsverkehr über Deutschland genießen die Reisefreiheit. Die Uebergabe von Eisenbahnen in den Gebieten, die Deutschland abtritt, muß einschließlich allen rollenden Materials in gutem Zustande erfolgen. Deutschland verpflichtet sich zur Anerkennung aller Verträge, welche die Ententemächte für die internationale Regelung des Warenverkehrs, der Schifffahrtswege, Häfen und Eisenbahnen innerhalb der nächsten fünf Jahre mit Zustimmung der Gesellschaft der Nationen abschließt.

Pariser Sozialistenpresse zum Friedensentwurf.

Verfailltes, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Haltung der Pariser Sozialistenpresse ist mit der der deutschen sozialdemokratischen Blätter bei dem Friedensschluß von Dreßditz gar nicht zu vergleichen. Der „Populaire“ sagt, der Versailleser Friede liege auf der Linie des Brester und selbst des Tilsiter Friedens, er vertritt aber in seiner sonstigen Kritik keine übermäßige Aufregung. Der „Populaire“ spricht von einem Frieden der Unterdrückung und Ungerechtigkeit und prophezeit, daß dieser Krieg nicht der Letzte sein werde, und findet den Vertragstext mit den Ideen Wilsons unvereinbar.

Graf Brockdorffs Instruktionen.

L. R. Verfailltes, 9. Mai. Graf Brockdorff-Rauhauf hat nach im Laufe des Donnerstag die ersten Instruktionen der deutschen Reichsregierung erhalten. Die Delegation trat daraufhin sofort zur Beratung und zur Ausarbeitung der ersten Antwortnote an die Entente zusammen. Ueber ihren Inhalt verlautet, daß sie die Friedensvorschlüsse der Entente als einen Schritt gegen die von Wilson aufgestellten Forderungen der nationalen Selbstbestimmung und der wirtschaftlichen Freiheit bezeichne.

Besonnenheit!

Von Erwin Barth.

Der Versuch, das deutsche Volk zu erwürgen, hat in Deutschland die Widerstände in allen Volks- und Parteikreisen auf höchste aufgepeitscht. In dieser Stunde der Gefahr erleben wir auf neue, daß, abgesehen von verschiedenen überspannten Ausdrücken des Gefühls, die tieferen Parteiuferstiche zunächst verschwinden.

Das ist auch ganz natürlich. Jede Partei wünscht mit ihrem Programm und mit ihrer Tätigkeit auf ihre Art dem höchsten Wohle des Volkes zu dienen. Die Parteien sollen nichts anderes sein, als Werkzeuge für die Förderung der Interessen des Volkes. Und es gibt Momente, wo die Parteien, die sonst in schärfster Oppositionstellung zueinander sich befinden, für ein gemeinsames höheres Ziel sich auf der gleichen Bahn zusammenschließen.

Wir glauben nicht, daß es solche Afergeburten von Parteien in Deutschland gibt.

Naturngemäß haben die fürchterlichen Bedingungen, mit denen die Entente Deutschland erdrücken will, in allen Kreisen des Volkes und bei allen Parteien große Erregung ausgelöst. Der Gedanke, daß wir fremdländischen Militärherren und Kapitalisten als Sklaven ausgeliefert werden sollen, hat uns alle mit Zorn erfüllt.

Aber wir möchten nachdrücklich warnen, sich bei der Behandlung dieser Frage, die auf Leben und Tod Deutschlands gestellt ist, allein vom Zorn leiten zu lassen. Der fürchterliche Ernst der Lage verpflichtet uns, mit aller Sorgfalt trotz des Geistes heller Empörung nach einem Weg auszufinden, auf dem das deutsche Volk sein selbständiges nationales Leben retten kann.

Über diese Mittel darf man nicht unter der Stimmung des Zornes, und von ihr allein geleitet, entscheiden!

Deutschland durchlebt jetzt die Zeit ernstester Gefahr. Und bei allen Maßnahmen, die wir zur Rettung unseres Volkes erwägen, müssen wir uns aller Schwermüdigkeiten gegenwärtig sein, die dadurch für unser Volk entstehen.

Wenn die Entente uns den angebotenen Frieden aufzwingt, sind wir auf Jahrzehnte hinaus als selbständiges Volk verloren. Wir sinken zum Range eines halbkolonialen Volkes herab und kommen damit unter die Fuchtel der Ausbeutung, die über derartigen Völkern bisher geübt wurde.

Aber kommen wir mit der Ablehnung in günstigere Verhältnisse? Das ist die Frage, die nüchtern erwogen werden muß. Die Nichtunterzeichnung würde das erneute Einsetzen der Hungerblockade, den Frauen- und Kindermord durch Unterernährung bedeuten.

Die elende Lage, in der Deutschland sich befindet, und das Verantwortlichkeitsgefühl für das Leben von Millionen Menschen, deren Gesundheit jetzt schon durch die Unterernährung sehr geschwächt ist, zwingen uns trotz aller leidenschaftlichen Empörung gegenüber dem Unrecht, mit dem man uns in den Staub treten will, den Kopf klar zu halten.

Die Reichsregierung scheint uns auf dem richtigen

gen Wege zu sein: Durch Formulierung der materiellen, streng auf die 14 Punkte Wilsons eingestellten Gegenforderungen, Verhandlungen mit den Feinden zu erzwingen und so einen Modus zu finden, der uns zwar nicht davor schützt, die schweren Lasten der kriegerischen Niederlage auf uns zu nehmen, aber der doch wenigstens die Hoffnung nicht erstickt, daß es sich lohnt, in dieser Welt fortzuleben.

Wie letzten Endes die Liquidation des Krieges aussehen wird, wissen wir noch nicht. Troz all des Furchterlichen, das wir auch bei einer Wüderung der Friedensbedingungen erwarten müssen, scheint es uns verfrüht, alle gesunde Kraft in das Feuer der Verzweiflung zu werfen.

Es ist noch nicht so weit, daß wir allen Glauben an die Zukunft aufgeben müßten! Gegenüber diesem Menschenwerk, gegenüber Größenwahn, Machtgier und nationalem Goh, glauben wir an die immanenten Gesetze der großen Volksweltbewegung, die in allen Ländern doch mächtig im Fluße ist und deren letzte Resultate noch nicht abzusehen sind. Wir sollen uns nicht unfruchtbarer Bessimismus in die Arme werfen, sondern alles tun, um unsere Elastizität und Spannkraft wachzuhalten, die uns eines Tages bannäuen sein wird, wenn der Fluß des Weltengeschehens einen Weg öffnet, auf dem Lichtgüte und Schaffenskraft eines gefunden Volkes festen Fuß fassen kann.

Aufruf des Oberpräsidenten von Schlesien.

Breslau, 8. Mai. Der Oberpräsident von Schlesien erläßt gemeinsam mit dem Zentralvolksrat für Schlesien folgenden Aufruf:

Schlesien! Erste Gefahr droht eurer Heimat! Ein Gewaltfrieden, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann, soll nach den bisher bekanntgewordenen Friedensbedingungen der Gegner unsem armen Lande auferlegt werden. Unsere Regierung wird mit Gegenvorschlägen antworten. Unsere Unterhändler werden alle ihre Kraft einsetzen, um die Annahme eines Friedens auf Grund der bekannten 14 Punkte Wilsons durchzusetzen. Auf der Grundlage dieser Punkte, die auch unsere Gegner anerkannt haben, ist der Waffenstillstand geschlossen worden. Auch unsere Gegner haben sich damals bereit erklärt, auf der gleichen Grundlage einen Frieden des Rechtes und der Versöhnung abzuschließen. Wenn und jetzt die Gegner mit einem Macht- und Gewaltfrieden drohen, so mögen sie wissen, daß dieser Friede kein Friede auf die Dauer sein kann, sondern für uns Schlesier nur ein Friede der Verzweiflung sein würde, der für uns schlechthin untragbar ist. Schlesien, fürs erste heißt es jetzt, Ruhe und Würde bewahren. Schlessische Männer und Frauen in Stadt und Land, verkündet der Welt laut und eindringlich, daß ihr nicht gewillt seid, euch einem solchen Macht- und Gewaltfrieden zu beugen. Schlessische Männer und Frauen aller Parteien, haltet treu zu euren allen bewährten Führern. Gemeinsam mit ihnen werden Reichs- und Landesregierung, Oberpräsidium und Volksrat zusammenstehen, um das Schlimmste von unserer Heimat abzuwehren.

Der Oberpräsident: Philipp.
Der Volksrat zu Breslau, Zentralrat für die Provinz Schlesien: Breschel.

Die ausländische Presse zu den Friedensbedingungen.

Holland. Rotterdam, 8. Mai. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt in einem Leitartikel zu den Friedensbedingungen, der Vertrag, den die Alliierten den deutschen Delegierten übergeben haben, sei kein Friedensvertrag, sondern ein Vertrag, der den Krieg fortzudauern lasse. Er vernichte die Hoffnung auf eine bessere Weltordnung. Die Friedensbedingungen länden im umgekehrten Verhältnis zu allen Punkten von Wilsons Programm. Es sei unerhörte, das deutsche Volk ohne Kolonialgebiet zu lassen und dabei das britische Kolonialreich zu vergrößern. Wenn man den Vertrag

in großen Bügen zusammenfasse, so laufe er darauf hinaus, daß Deutschland territorial verstimmt, wirtschaftlich gezeichnet und aus der internationalen Gemeinschaft ausgeschlossen werde.

„Maasbode“ übt in einem Leitartikel scharfe Kritik an den Friedensbedingungen und schreibt, Deutschland werde auf jedem Gebiete, das man sich denken könne, gemacht und unter Kontrolle gestellt. Das Blatt fragt, ob dies der Geist der 14 Punkte Wilsons sei. Das Ergebnis des fünfmonatigen Festschens in Paris sei ein reiner Geschäftsfriede.

Schweiz. Bern, 8. Mai. Die Veröffentlichung der Friedenspräliminarien hat in der Schweizer Öffentlichkeit Bestürzung hervorgerufen, wie sie in dieser Weise während des Krieges noch nicht zu verzeichnen gewesen ist.

Der „Sond“ erklärt: Die Bedingungen seien hart und schwer im ganzen Umfang, da sie dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gar nicht oder nicht in ausreichender Weise Rechnung trügen, den Gegner im Inneren trafen und ihn einer demütigenden Kontrolle unterwürfen.

Die „Baseler Nationalzeitung“ übt in einer kurzen Vorbemerkung ihrem tiefen Schmerze Ausdruck, daß Clemenceau als Vorsitzender der Entente das erste und wie es leider scheint, entscheidende Wort führe. Der Friede Clemenceaus gehöre zu den Dingen, die kein Volk ertrage.

Die „Genfer Revue“ befaßt sich eingehend mit den territorialen Forderungen an Deutschland und erklärt sie für weit schwieriger, als man habe befürchten müssen. Das sei der Gewaltfrieden in seiner ganzen Schönheit, er sei schlimmer noch als der Friede von Vercors.

Das „Vernier Tagblatt“ schreibt, in Genf hätten die Friedensbedingungen selbst in Ententekreisen Bestürzung hervorgerufen. Die territorialen Forderungen würden gegen die 14 Punkte Wilsons verstoßen, die finanziellen als unausführbar. Ein Genfer Finanzmann erklärte, die französische Bourgeoisie laufe sich durch diesen Vertrag ein Volk von 60 Millionen weißer Arbeiterklaven für Jahrzehnte zu sichern, aber sie habe wohl falsch spekuliert.

England. Rotterdam, 8. Mai. Die Friedensbedingungen werden von der englischen Presse mit Ausnahme der linksstehenden Blätter im allgemeinen günstig aufgenommen. Die „Morning Post“ findet, daß die Bedingungen bezüglich der Entschädigungen unbefriedigend sind. Die „Northcliffe-Presse“ enthält sich eines endgültigen Urteils, bevor nicht der volle Wortlaut des Friedensvertrages vorliege.

„Daily Telegraph“ findet, daß es kein schwacher Friede ist, sondern daß die Bedingungen von Anfang bis zu Ende streng und scharf sind.

„Times“ kann es sich nicht verlogern zu bemerken, daß England, welcher Anteil an den Schiffen ihm auch zufällt, nicht in die herrliche Lage Amerikas kommen werde, dessen Handelsflotte alle 80 deutschen Schiffe, die jetzt in amerikanischen Häfen liegen, zugesprochen werden.

„Daily News“ schreibt, nicht die politischen, sondern die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen würden das deutsche Volk am schwersten drücken und übt an diesen Bedingungen scharfe Kritik. Das Blatt kommt zu dem Schlusse, daß, wenn nur noch diesen Bedingungen verfahren werde, der Welt kein Friede, sondern ein Waffenstillstand angeboten werde.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ weist die Bedingungen ab. Es schreibt: Wilson ist geschlagen. Er begann mit der Verkündigung hoher Ideale. Er zwang andere Mächte, diese Ideale öffentlich anzunehmen, aber im Geheimen ist er geschlagen worden. Er hat in den Hauptpunkten einen Vergleich geschlossen. Wir hatten unser Vertrauen in Wilson gesetzt, wir hatten an ihn geglaubt. Wir wissen nicht, welche Gründe er gehabt hat, um von offenen Verträgen, die öffentlich geschlossen wurden, abzuweichen und an ihrer Stelle die dunkle Heimlichkeit in Paris zu bevorzugen. Was wir wissen, ist, daß von dem Augenblick an, wo er den ersten seiner 14 Punkte fallen ließ, er alles preisgab. In Deutschland wird der Militarismus besichtigt, in allen anderen Ländern läßt man ihn aber bestehen.

Die „Times“ empfiehlt in ihrem Leitartikel zu den Friedensbedingungen den engen Zusammenschluß zwischen den Regierungen und Völkern der drei Demokratien Frankreich, Amerika und England, um so die Durchführung der Friedensbedingungen zu gewährleisten und die internationalen Einrichtungen, die der Friedensvertrag ins Leben ruft, zu verwirklichen.

„Standard“ schreibt: Die Friedensbedingungen seien nicht die eines Veröhnungsfriedens, sondern die eines Machtfriedens in optima forma.

Amerika. New York meldet aus New York, daß die Morgenblätter übereinstimmend erklären, Deutschland sei durch die Friedensbedingungen völlig machtlos geworden und habe damit das Schicksal gefunden, das es verdiene.

Kundgebung der englischen Sozialdemokratie.

H. N. Haag, 9. Mai. Die Labour Party hat ein Manifest veröffentlicht, in dem sie erklärt, daß gewisse Teile des Friedensabkommens nicht mit den 14 Punkten und Erklärungen Wilsons vereinbar sind. Es wird gefordert, daß die finanzielle Lage des deutschen Volkes bei der Feststellung der Entschädigung berücksichtigt werden müsse. Die Kriegskräften sollen allgemein eingeschränkt werden und in Elbeh, Lothringen, Westfalen und anderen deutschen Landesteilen soll eine Volksabstimmung stattfinden.

Sturz der ungarischen Käterregierung?

Haag, 9. Mai. (O.N.) Aus London wird gemeldet: Im Unterhause teilte Hermsford mit, daß das Auswärtige Amt den Bericht erhalten hat, daß die revolutionäre Regierung in Budapest gestürzt sei.

Die Spandauer Staatsbetriebe. Wir werden um Aufnahme folgender Richtigstellungen gebeten: In der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 9. d. M. stellt der Reichswehrminister Roske fest, daß im Gegensatz zu meinen Ausführungen vom 8. 5. 1919, sämtliche Spandauer Heeresbetriebe aus der Heeresverwaltung ausgeschalten und dem Reichswirtschaftsamt unterstellt werden, also das geschieht, was ich in meiner Denkschrift vorgeschlagen habe. Diese Wendung der Dinge wird mit Freuden begrüßt werden. Die Art der Richtigstellung ist jedoch irreführend. In einem Anschlag, unterzeichnet vom Reichswehrminister Roske, Reichsfinanzminister Dernburg, Reichsjustizminister Gathein und Kriegsminister Reinhardt, den ich der „Vorwärts“-Redaktion mit meinem Artikel überhandt hatte, war als Beschluß des Haushaltsausschusses der Nationalversammlung in Weimar bekanntgegeben worden, daß einzelne Betriebe, die ausschließlich für den Bedarf von Meer und Marine arbeiten, ausschließlich dem Kriegsministerium unterstellt bleiben sollen. Hierzu habe ich in meinem Artikel Stellung genommen. Es freut mich, daß die ursprünglich widerstrebenden Militärstellen in ihrem eigenen Interesse und zum Wohle des Ganzen sich der besseren Einsicht nicht verschlossen haben. Cohn, Oberingenieur.



Die Friedensbedingungen der Entente

Von den Schandplätzen unserer Gefangenen in Rumänien.

Von Edwin Reich.

Wie riecht das heute in der Küche unserer Anwesen? Was riecht es heute zu Mittag — — ? Was für eine merkwürdig gefärbte Brühe sprudelt aus den großen rauchenden Schöpfkesseln in die Sooleimer! Untermwegs schnuppern wir, die Nasen direkt verlängert, nach dem Graubraun dieser blässigen Suppe hinunter.

Nun sitzen wir vor den Schnäpfen. Hinten am Ofen köhlt ein ein Lachen aus wie ein wiedererndes Gengst. Hier neben mir der Nothaarige schmeißt plötzlich, als hätte er einen Epilepsieanfall, den ganzen Schnapf samt dem merkwürdigen Kleingehäkelten „Dörrgemüse“ auf die Steinfliesen. Häßliche braunliche Krabbeln gießt die Saure. Ich kann das Mytherium des heiligen Schnapfes weder mit Augen noch Zungen einziffern. Zum Betrachten zu Betrachtungen anregend, jedenfalls, nicht zum Genießen.

Wäuter aus dem Walde — — ? fragt endlich einer der feindlichen Genusmittelanalysten vorsichtig tappend in den Saal hinein. Beifallgeräusch... Beifallgeräusch! Waldfeldkrei! Schnäpfe fliegen zum Fenster hinaus, gegen die Tür, auf den Gang. Hier Tage lang gab's Wäuter aus dem Walde: Dörrgemüse-Erfolg! Die Entbindung des rumänischen Verpflegungsoffiziers Genial! Dann wanderte eine Konfervenboje zum Kriegsministerium, und es war aus mit dem genialen Betrug.

In dieser evangelischen Anwesenstarben in der gleichen Zeit, in der in der evangelischen Mädchenschule, einem anderen Lazarett Bukarest, nur drei Sterbefälle zu verzeichnen waren: 54 Kameraden. Allerdings in der Mädchenschule war ein Mensch der Kommandant, in der andern — ein Totengräber.

Wie sagte einer dieser Totengräber, der im Lager Saint Petrus, der den Kameraden mit einem armdicken Äst über den Schädel trug, als sie sich Maismehl brodelten im Hof: „Die rumänische Erde ist groß genug, alle Deutschen zu bedecken.“

In den Ketten nahmen sie und gefangen. Aber wir haben eine Lage in den Ketten nach dem lächerlich fixen Abzug der Deutschen gelauert, als sie uns nicht endlich doch gefangen nehmen wollten. Acht Tage teppeten die Franzosen und edlen Rumänen brouchen vor Bukarest herum, ehe sie sich mit Truppenmacht hereinmögten. Und als sie uns in den Ketten gefangen hatten, führten sie uns bald als stolze Siegesbeute durch ihre Calca Victorie! zum Gefangenenlager, durch ihre Straße des Sieges, — was sage ich — Gasse des Sieges: ein Wagen kann kaum darin wenden.

Bei Ungleichheiten von einem Lazarett ins andere, wobei ging's mit den schlatternden Kranken! Lustigweise — heis durch die stolze Calca Victorie. Sie mußten es doch mit den Augen greifen, die Rumänen, daß sie die Sieger waren —, sie glaubten nicht daran, sie mußten sich erst in den Klauen durch so und so oft-

malige äußere Sinnfälligkeiten hineinfinden lernen, hineinfinden lernen. Es war ja so schwer daran zu glauben, vielleicht war es doch nur eine Lokaltäuschung, ein Situationswechsel oder so was, — aber nicht...

Der Leutnant vom Holzkommando in Comana hatte seine Situation sehr bald erfährt und ebenso der deutsche Sanitäter. Dieser, ein herzerguter Mensch, geht in Bukarest — gemiß, seine Domnişoara wohnt auch dort — von Lazarett zu Lazarett und schildert die traurige Lage der Kameraden draußen in Comana auf dem Holzkommando: wie sie nur ein Viertel aßen, wenn's gut geht, ein halbes Brot täglich erhielten (weil er das übrige Brot — sie empfingen täglich ein ganzes für jeden Gefangenen — mit dem Leutnant unter einer Decke verkauften). Er schilderte, wie sie soße und kochte 4 Weiberrüben, absolut 4, sonst nichts in ihrer Suppe hielten, die sie abends erhielten, wenn sie, die 200 Mann, abends heimkehrten aus dem Schneewald (weil er mit dem Leutnant Maismehl, Erbsen und Bohnen, die sie für die Mittagsoße empfingen, verkauften). Er schilderte, wie den Hüllisten, den Bauern im Dorf, unter Androhung von 10 000 Lei Strafe von der Ortskommandantur verboten sei, Maismehl, Weizenmehl, Fleisch und andere Lebensmittel an die Gefangenen zu verkaufen (weil er mit dem Leutnant bei dem Hof des am Argelusse hinter dem Hofhof wohnenden Millers, der öfter insgeheim Maismehl an die Hungerigen, elend Holzschwämme gegeben hatte, diesen Verkauf bei der Kommandantur durchgesetzt, damit die Kameraden, so weit sie noch Geld hatten, bei ihm, dem Sanitäter, und dem Leutnant kauften, und er, als derjenige, der sich die Mühe machte, solche Vorräte durch viele Kausereien und Wiederreisen in Bukarest aufzutreiben und herzubringen zu lassen noch eine gloriole um seinen so gutberzig blühenden, edlen deutschen Schädel gratis dazu bekomme, zu den 5-7 Lei pro Ailo Malai, Maismehl, Bohnen oder Erbsen). Ferner schilderte er mit mitleidblutender Stimme, dieser vorbildliche Samariter, wie die Kameraden das gefallene Brandholz im Walde unter einer Schneemasse, die bis über die Lenden bisweilen reichte, herumsuchen müßten, mit welchen Mühen, welcher Hungerverzweiflung dazu bei der schändlichen Ernährung durch die Rumänen, wie sie zum größten Teil schon von Krankheitskeimen befallen seien (weil er selbst noch Tage in Bukarest bei seiner Domnişoara war, und nur am liebsten sich in Comana bilden ließ zu der köstlichen Gelünderkontrolle). Wie sie im Falle des Scheiterns Vorrates — eine Hälfte sei nur 175 Gramm schwer, und absolut nicht aufgegeben, diese Meißerpepe —, und infolge der durchwahren Noteranstrengung, die meisten seien schon Knochenknappige Hungerkettele, mit Mühen wie Stöcken und Händen wie Krallen —, eine allzu leichte Beute des Fledertropfen würden, und wie er an einem Tag allein mit 100 Kranken zum Lager Tonoska sich geschleppt habe zur dortigen Untersuchung durch den Rumänenarzt.

Ein wie guter Schilderer der Noie von Comana dieser wohlmeinende Sanitätskrei! Winkler war: in den Lazaretten spendeten die Kranken Säcke voll Tabakpfeifen (die er zu 8 Lei pro 100 Gramm das Paket an seine Pflegebefohlenen verkaufte). Respektvolle Küßen voll von Medizinern brachte er mit, die er damit laufen mußten, wie er vorgab. Zweitausend Lei erhielt er vom Baron von Nollenhagen, dem deutschen Delegierten vom Roten Kreuz,

zur Verbesserung der Lage der Gefangenen. (Er verbesserte seine eigene Tasche damit.) Zehntausend Lei empfing er — 50 für jeden Kameraden — vom Roten Kreuz. (Er verbesserte das Leutnants und seine Tasche damit.)

Und wer will es ihm, dem guten Kameraden, verübeln in der heutigen Welt und in — Rumänien! Er hat aus der Domnişoara eine Doamna gemacht, aus der Liebsten eine Schelldöck — und dazu gehört Geld, und wieviel Geld in Rumänien zum Leben gehört: ein Ailo Brot kaufen wir mit 10 Lei gleich 8 M. — ein Ailo Zucker kostete 25-30 Lei: 24 M. — ein Paar Stiefel 700 bis 800 Lei 600-650 M., — ein Anzug 1200 Lei: 800-1000 M. und ja. — Also...?

Hungertypus! Im eisigen Vergwalde der siebenbürgischen Karpathen, in einer Kälte von 30 bis 40 Grad, röhren sich unter den tiefhängenden, schneeüberwulsteten Fittichen der Riesentannen 600 Kameraden damit ab, die Baumgiganten des Hochwaldes zu Holz zu bringen. Für diejenigen, die es warm haben wollen in Kronstadt, Bukarest und da; warm: für 10 Lei der Zentner Holz.

Hierher in das ferne, am ehesten lösende und vernichtende Übergelbte, hat die vorausschauende rumänische Gefangenenerverwaltung die gefährlichsten unter den Gefangenen geschickt, — und auch möglichst weit von Bukarest fort, damit noch dort, dem Zentrum des Militarismus, kein Hauch des Leidens der Verlorenen dringen könne. Die Gefährlichsten sind die gebildeten Stände unter den Deutschen: und fast absolut aus Akademikern, Technikern, Professoren, Ingenieuren, Fabrikleitern, Künstlern usw. setzt sich das Holzkommando von Witriza zusammen. Essen und Verpflegung ähnlich wie Comana! Für die Kranken kein Arzt, noch Sanitäter, Weil Kronmeldung Liebe vom Fledertropfen ins Gesicht für die Unverschämtheit, ihn durch Markieren beizupeln zu wollen, damit sie von der Arbeit weidreihen könnten.

Ende Januar kommt ein Arzt von Bukarest. Untersucht. Diagnose: die marlieren! Sämtlich! — Wenn sie hinfiele, die Kameraden, und sich nicht mehr röhren könnten, parte er sich eine genauere Diagnose, denn dann war die rasend teure Medizin verschwendet: der Hungertypus ist das übrige. In Särgen legen sie, anderthalb Handspannen hohen, zu sechs bis zehn jedesmal auf dem Schlitzen, der nach dem Armenfriedhof führt. Bei diesen Toten konnte man die Verstimmlungen an den Händen und Füßen nicht übersehen. Da sie es noch Erkranken der Beine und Hände in dem ständenden Eiskühn der Winterparthien vor Sämergen nicht mehr ausstielten, brachen oder schnitten sie sich die Beine und Finger selbst ab.

Die Särgen waren mit zwei, drei schmalen Latzen zugenoßt und darunter, über die Inböhrenen Gerippe der vom Hungertypus Angenogten, war trockner Schmutz gestreut. Ein Reichenlaken, billig, aber doch warm. Vierhundertachtzig Leichen beförderte so der Armenschlitten in die Wintererde von Witriza von den Fuchshundert.

Der weiche Epithet im Lager Tonoska in Bukarest, jeder kennt doch den humanen, lokalen und so neckschlaftigen Lagerarzt, hatte nur eine üble Angewohnheit, nein, es war nur Kurzsichtigkeit: er schickte seine Kranken mit einer gewissen kurzfristigen Bestimmtheit

Mordprozeß Liebnecht-Luxemburg.

Nach Eröffnung der Sitzung ordnete der Vorsitzende mit Rücksicht auf Beschwerden über das gestrige Verhalten der Angeklagten in den Pausen an, daß die Angeklagten nur auf dem vorgeschriebenen Wege in und aus dem Ansaalraum geführt werden.

Auf Antrag des Anklagevertreters wird der Bruder des Angeklagten Kunge, der gestern von diesem während der Pause insuliert worden ist und auch als Zeuge vernommen worden soll, aus diesem Grunde und im Interesse der öffentlichen Ordnung aus dem Saalraum verwiesen.

Die Verhandlung beginnt mit der Vernehmung des Zeugen Möring. Er sagt aus, er habe am Abend des 15. Januar mit einem anderen in einem Hause in Wilmersdorf nach Waffen gesucht, und zwar in der Wohnung von Karlsruhn. Dort habe er Dr. Liebnecht gefunden, ihn festgenommen und in einem Auto abgeführt. Bei der Waffensuche habe er Polizei hinzugezogen. Einen Auftrag von der Garde-Kavallerie-Schützendivision habe er nicht gehabt. Der Vorgang spielte sich abends zwischen 7 und 8 1/2 Uhr ab. Liebnecht wurde zunächst nach der Cäcilienstraße und später nach dem Edenhotel gebracht. Vorf.: Wie war es mit Frau Luxemburg? Zeuge: Die wurde später geholt.

Zeuge Hauptmann Vogt gibt an: Mitglieder der Wilmersdorfer Bürgerwehr brachten uns am kraschen Abend eine Persönlichkeit nach dem Edenhotel, die sie als Liebnecht bezeichneten. Nach nachstehenden Photographien stimmte das. Es wurde angeordnet, daß Liebnecht den bürgerlichen Behörden übergeben und zu diesem Zweck nach Noabit gebracht werden sollte. Zur Ueberführung wurde ein Kommando beordert und Kapitänleutnant v. Pflug-Partung mit der Führung betraut. Ich sagte ihm, er habe Liebnecht nach Noabit zu bringen und ihn vor etwaigen Angriffen zu schützen und etwaige Befreiungsversuche der Freunde Liebnechts zu verhindern. Hiernach habe ich mich nicht mehr um diese Angelegenheit gekümmert. — Später kamen wieder Angehörige der Wilmersdorfer Bürgerwehr und brachten eine Dame, die sie als Rosa Luxemburg bezeichneten. Nach anfänglichem Zeugen gab die Dame zu, daß sie Frau Luxemburg sei. Oberleutnant Vogel wurde mit ihrer Ueberführung nach Noabit beauftragt. Später kam Kapitänleutnant v. Pflug-Partung und meldete, daß Liebnecht auf der Flucht erschossen und in der Unfallstation abgeliefert sei. — Wieder etwas später meldete Oberleutnant Vogel, Frau Luxemburg sei ihm während der Fahrt von einer Menschenmenge aus dem Wagen gerissen. Vorf.: Welchen Eindruck machte Oberleutnant Vogel bei dieser Meldung? — Zeuge: Er war außerordentlich aufgeregt. — Vorf.: Und Kapitänleutnant v. Pflug-Partung? Zeuge: Der erkrankte vollkommen ruhig und militärisch seine Meldung. — Vorf.: Haben Sie den Kapitänleutnant v. Pflug-Partung auf die Vorschriften über den Waffengebrauch hingewiesen? — Zeuge: Meines Wissens nicht. Ich sagte ihm nur, daß er Liebnecht zu schützen habe gegen Angriffe und Befreiungen, oder Fluchtversuche. — Vorf.: In der Voruntersuchung haben Sie gesagt, daß Sie beide Führer auf die Vorschriften über Waffengebrauch hingewiesen haben. — Zeuge: Das ist mir nicht mehr erinnerlich. — Auf weiteres Befragen sagt der Zeuge, es sei nicht wahr, daß er den Wachmannschaften Weisung gegeben habe, in ihren Angelegenheiten die Fälle Liebnecht und Luxemburg nicht abzuweichen von dem von ihm, dem Zeugen, erteilten offiziellen Befehl. Er habe aber die Soldaten beauftragt, mit den Deuten im Hotel nicht über die Vorgänge zu sprechen.

Anklagevertreter: Warum wurde Hauptmann v. Pflug-Partung mit der Führung des Autos beauftragt? — Zeuge: Das kann ich nicht sagen. Er war uns als Militärfahrer bekannt. — Anklagevertreter: Die Herren Kunge und Bogmann, die den Vernehmungen als Mitglieder des Volksgenossen bewohnten, haben in der Presse behauptet, ich hätte diesen Zeugen am Tage der Vernehmung Liebnechts vernommen. Weiß ich das? — Zeuge: Die beiden Herren an diesem Tage der Vernehmung nicht vernommen konnten. Auf der Zeuge, an welchem Tage ich ihn vernommen habe? — Zeuge: Den Tag kann ich nicht angeben, aber am Tage der Vernehmung Liebnechts kann es nicht gewesen sein, denn da war ich durch die von der Regierung angeordneten militärischen Maßnahmen in Anspruch genommen, daß ich nicht hätte zur Vernehmung gehen können.

Zeuge Polizeiwachmeister Lindner hat zusammen mit dem Zeugen Möring die Festnahme Liebnechts im Hause Karlsruhn ins Logarell, mit der Bestimmtheit, daß sie dort nach zwei Tagen verstarben.

Kam ein Unglücksvogel mit abgefallener Eichel: „Was willst du bei mir? Das ist doch keine Krankheit. Meine Frau hat auch die Syphilis! Weh! Weh! Nur! Erst laß dich rasieren, komm morgen wieder, wie siehst du nur aus!“ — Kam einer mit den Beulen des Dubs: „Du hast zuviel gegessen, du schwitzt ja zusehends an! Was willst du? Ach, was du redest: meine Tochter hat auch einen Dubs.“ Das einer da rotgefleckt, bekam er unter schmerzlichen Versicherungen baldiger Heilung ein paar Spritzen Morphium, und er war geheilt vom Flecktyphus.

Weihnachtsabend in Gernica. Die Bescherung wartet auf die Kameraden, die dort auch zu einem Holzkommando im Waldhof liegen. Die Leichter! Weihnachtsabend!

Siebzehn liegen im Erdemaisch der Dorfstraße auf dem Gehsteig. Hinten sind die Hosen heruntergezogen. Der Leutnant tritt mit der Lederpeitsche heran und prügelt jeden 40 Schläge auf, daß das Fleisch wie vor brennender Scham glühend rot wird und aufschwimmt. Die Geschlagenen müssen die Schläge selbst zählen. Sie tun es mit kalter, produktiver Stimme.

Schwoft sie krank sind. Sie können nicht mehr arbeiten und haben sich unter Forderung einer sofortigen Untersuchung durch den Arzt im Vager zu Saint Fredes in Pulaski krank gemeldet. Krank, das gibt es nicht, kratzt sie der Leutnant an, droht ihnen die Verstrafung an, die geschickte, — aber sie weigern sich, werden als Aufwärtler geschickt.

Vor der Front der übrigen angezogenen Kameraden exemplarisch geschickt. Als einer der Begünstigten mit immer schwächerer, kränklicher Stimme die Schläge zählt, murrt eine wilde Empörung durch die Reihe der Angelegten und zornend Zuschauenden. Der Leutnant springt mit der Knute heran, winkt dem Gummel von Polizeioffizieren zu, aufzuspringen mit den geladenen Gewehren, und legt durch die Geschütze der die Bescherung Ansehenden, daß Striemen und Blut ausfließen aus Lippen und Augen.

Ende Oktober 1918 fanden im Vukarester Nordbahnhof die Lazarettzüge für die Kranken bereit. Ein ansehnlicher Teil der 3000 Offiziere, die in Vukarest — bei sieben Gängen Dr. Tiner und Weinen und Weibern — prahlten, belud die Züge mit schwarzer Bagage, mit leichten Frauen und mit dem eigenen kostbaren Ich, das nach Deutschland gerettet werden mußte, damit dem armen Vaterland nicht die Bestrafften bei dem inneren Aufbau der Art verloren gingen.

Beim „Deutschen Hilfswort“ für die Kriegs- und Zivilgefangenen, Berlin ist man erkrankt, daß es in Rumänien den Gefangenen schlecht gehen solle — nicht gut. Man hat dort nur gute Nachrichten über die Situation. Man beruft sich dort auf die Schilberungen von Offizieren, so eines Hauptmanns, die mir vorgelesen wird. Ja, die Herren Offiziere! Sie spielen Volk, Tarnis, geben Spezien, bekommen — ist es wahr? — an einer Stelle 10 000 Lei pro Mann in die Hand gedrückt. Und ihre Berichte über die Gefangenen? — Wie sieht der Offizier im Feld und auf dem Lazarett aus? „Der Feind!“

bewirkt. Liebnecht habe zuerst gesagt, er sei nicht Liebnecht, er heiße Karlsruhn und habe einen Mietvertrag auf diesen Namen vorgelegt. Nach einem an der Wand hängenden Bild sei er aber als Liebnecht erkannt und abgeführt worden nach der Wache der Wilmersdorfer Bürgerwehr. Später sei auch Frau Luxemburg aus dem Hause Karlsruhn geholt worden. — Vorsitzender: War diese Festnahme ein Zufall oder gingen Sie Waffen suchen, in der Absicht, Dr. Liebnecht und Frau Luxemburg festzunehmen? — Zeuge: Es mag beides zusammengetroffen sein. — Vorf.: Wer erteilte Ihnen den Auftrag? — Zeuge: Die Wilmersdorfer Bürgerwehr.

H. S. Soudon war ursprünglich auch zur Teilnahme am Transport Liebnechts bestimmt. Er gibt an: Als Liebnecht aus dem Edenhotel herausgebracht wurde, sei aus der vor dem Ausgang stehenden Menge gerufen worden: „Was, den Kerl laßt ihr wieder weg?“ Er, der Zeuge, sei durch die Menge von seinen Kameraden abgeschnitten und zurückgelassen. Er hat dem abfahrenden Auto nachgesehen und gibt auf Befragen an, nicht gesehen zu haben, daß jemand auf den Wagen sprang.

Verteidiger: Ist irgend eine Verabredung der Offiziere getroffen, daß Liebnecht geflüchtet über eine Panne des Autos veranlaßt werden sollte? — Zeuge: Nein. — Vorf.: Ist nichts verabredet, aber von irgendeiner Seite, namentlich vom Kapitänleutnant v. Pflug-Partung angeordnet worden, was darauf schließen läßt, daß gegen Liebnecht irgend etwas unternommen werden sollte? — Zeuge: verneint die Frage mit großer Bestimmtheit.

Zeugin Selger, Stubenmädchen im Edenhotel: Am dem Tage, wo Liebnecht eingeliefert wurde, habe ich gehört, daß ein Offizier zu einem anderen Offizier sagte: Die Herren werden im Tiergarten erwartet, um Liebnecht zu begrüßen. Diese Äußerung wurde um 11 1/2 Uhr abends gemacht. Nachdem sie gefallen war, gingen mehrere Offiziere hinunter. Um 9 Uhr erfuhr ich, daß Liebnecht im Hotel war. — Der Zeugin wird vorgehalten, daß sie in der Voruntersuchung gesagt habe, die Vernehmung der Offiziere sei um 11 1/2 Uhr gemacht worden. — Die Zeugin erklärt dies für einen Irrtum und sagt, es müsse früher gewesen sein, denn sie wisse bestimmt, daß sie um 11 1/2 Uhr schon im Bett lag.

Hauptmann v. Pflüger sagt aus, daß eine Verabredung gegen Liebnecht nicht festgefunden habe.

Leutnant Sander: Beim Transport Liebnechts aus dem Edenhotel führte ein Mann aus der vor dem Ausgang stehenden Menge zwei Kolbenschläge gegen das Auto, in dem Liebnecht saß. Der rechts im Auto sitzende Offizier drehte sich mit der Pistole in der Hand um und rief: „Halt, aber ich schle!“

Die Menge äußerte Verwünschungen gegen Liebnecht. — Auf Befragen gibt der Zeuge weiter an: Am 21. Januar sagte ich im Auftrage des Hauptmanns v. Pflug-Partung zum Oberleutnant, Stadtrat Grünher, der mein Nachfolger im Kommando der Wache im Edenhotel war, er solle ab und zu mit den Mannschaften, um deren Meinung zu hören, über den Fall Liebnecht und Luxemburg sprechen. Grünher antwortete mir, das fällt ihm gar nicht ein, denn das würde ja eine Verleumdung zum Meind sein. Der Zeuge hat diesen die nächsten Auftrag des Hauptmanns v. Pflug-Partung als eine private Angelegenheit angesehen, es habe sich nur darum gehandelt, falschen Gerüchten unter der Mannschaft entgegenzutreten, die dahin gingen, die Offiziere hätten Liebnecht und Frau Luxemburg getötet. — Der Anklagevertreter bemerkt, dem Zeugen müsse doch bekannt sein, daß zu jener Zeit schon die Untersuchung im Gange war. — Der Zeuge verneint das.

Angekl. Hauptm. v. Pflug-Partung erklärt, er habe nur die Absicht gehabt, den in der Wache, besonders in der „Roten Bahne“ gemachten falschen Angaben entgegenzutreten, damit unter der Mannschaft keine falschen Vorstellungen aufkommen.

Zeuge Wachtmeister Gorfau macht Angaben darüber, daß beim Transport von Rosa Luxemburg eine erregte Menge vor dem Hotel war. Ein Offizier habe gerufen: „Ihr seid wohl verrückt.“ Später hätte der Zeuge auf der Wache sagen, die Luxemburg sei erkrankt. — Auf Befragen gibt der Zeuge an, er habe von den ihm unterstellten Mannschaften der Wache im Edenhotel niemanden zum Transport der Frau Luxemburg beordert. — Anklagevertreter: Es werden Zeugen aufgeführt, welche behaupten, von Ihnen zum Transport beordert zu sein.

Neues Unteroffizier Alld hatte im Edenhotel die Posten und Patronen eingeteilt. Er sagt: Gegen 11 1/2 Uhr wurde bekannt, daß Liebnecht angekommen war. Ich stellte auf Befehl Posten aus. Um diese Zeit standen Kunge und Dräger Posten vor dem Eingang. Beim Abtransport der Frau Luxemburg war ich zugegen, habe aber nicht gesehen, daß sie Schöße bekommen hat. Die Mannschaften für den Transport von Frau Luxemburg wurden aus der Wache geholt. Mit Kunge bin ich zusammen beim Militär eingetreten. Er wird leicht erregt und kommt leicht aus der Fassung.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag des Zentralverbandes der Zivilmusiker.

Der ganze dritte Tag war durch ausgedehnte Debatten zum Punkte 8 der Tagesordnung (Vorberungen der Musiker-Gewerkschaft zur Beschäftigung und Verwaltung) ausgefüllt. In der Frage der Ausbildung der Musiker wurde gegen die Lehrlingszucht und die damit verbundene Ausbeutung Stellung genommen. Es wurde hervorgehoben, daß die moralische Verwahrlosung jugendlicher Personen in dem Gewerbe eine künstlerische Reife und kulturelle Förderung der Kunst verhindern. Einmütig forderten die Redner die Errichtung geeigneter Musikerschulanstalten.

Kerkerberg als Musikreferent des Kultusministeriums äußerte sich ganz im Sinne der Redner. Es müßten in erster Linie kulturelle Gesichtspunkte maßgebend sein. Die Lehrlingswirtschaft habe zu verschwinden, um solider Musikantstand zu machen. Die Aufstellung des Schutzzeichens in musikalischer Hinsicht werde unbedingt gefördert.

Zur Frage „Konkurrenz durch Militär und Beamtenfähigkeit im Musikerberufe“ kam eine Anzahl Redner zu Worte, die durchweg ein behördliches Verbot der Schmutzkonkurrenz verlangten.

Am Schluß der Sitzung wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Von der Regierung wird unterbündlich ein Verbot des gewerblichen Musizierens der Beamten und Militärmusiker verlangt. Die hierzu erforderlichen Eingaben des Hauptverbandes sollen durch öffentliche Verfammlungen und Demonstrationen der einzelnen Kreisverbände unterstützt werden. Die in den öffentlichen Verfammlungen gefaßten Resolutionen und Proteste werden der Regierung durch den Hauptverband übermitteln. Im Falle eines absehbaren Scheiterns der Regierung soll eventuell zur geeigneten Zeit in einen Streik eingetreten werden. Ueber Zeit und Dauer des Streiks bestimmt der Hauptverband.

Der 6. Verbandstag beauftragt die Vorkommissionen, beim Kultusministerium nachdrücklich zu wirken, damit dieses eine aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Musikbetriebe bestehende Kommission einsetzt, die die Richtlinien für eine geordnete Regelung der zukünftigen Ausbildung im Musikerberufe ausarbeitet.

Der 6. Verbandstag des Zentralverbandes der Zivilmusiker Deutschlands stellt fest, daß die allgemeine Rechtslage des Musikers eine auch heute noch in jeder Beziehung überaus unsichere und unklare ist. So ist zunächst die Frage, ob oder inwiefern die Arbeitsschutzvorschriften aus Titel VII der Gewerbeordnung auch auf den Musiker angewendet sind, noch völlig ungeklärt, was insbesondere

insoweit als ein sehr empfindlicher Nachteil empfunden wird, als davon nicht nur die Frage der Zuständigkeit der Gewerbegerichtsbarkeit, sondern auch die Rechtslage in bezug auf die Arbeiterversicherung abhängig bzw. beeinflusst ist.

Berner ist der Begriff des „Arztgebers“ im Sinne der Angehörigen und Arbeiterversicherung von der Rechtsprechung in einer Weise ausgelegt worden, die insbesondere für die in Rockefellerbesitz befindlichen Musiker im allgemeinen zu durchaus ungünstigen Zuständen geführt hat.

Und schließlich leidet die Musiker-Gewerkschaft schwer unter der Tatsache, daß sie, als den sog. freien Berufen zugehörig angesehen, auch von der derzeitigen Regierung bei allen seit dem 9. November ergangenen Arbeitericherungsmaßnahmen entweder direkt ausgeschlossen oder doch indirekt unberücksichtigt gelassen worden ist.

Da unter diesen Umständen die Musiker-Gewerkschaft aufs Schwerste leidet und es ihr dadurch auch fast unmöglich gemacht, mindestens aber unendlich erschwert ist, ihre soziale Lage entsprechend zu heben, fordert der Verbandstag von Regierung und Gewerkschaft eine möglichst beschleunigte allgemeinerrechtliche Klärung dieser Rechtslage insbesondere in der Richtung, daß zunächst wenigstens der Titel VII der Gewerbeordnung auf die Musiker-Gewerkschaft ausgedehnt und bei der zukünftigen Neuordnung der Gewerbe- und Arbeitergesetzgebung auch die Rechtslage für die Musiker-Gewerkschaft entsprechend geordnet wird.

Protest gegen die Landbedrängung.

In der heutigen Vormittags-Sitzung des Verbandstages des Zentralverbandes der Zivilmusiker Deutschlands wurde einstimmig eine Protestresolution gegen das von der Reichsregierung verhängte Verbot öffentlicher Aufführungen angenommen. Von der Regierung wird verlangt, daß sie entweder das Verbot wieder aufhebt oder den davon betroffenen Berufsgruppen aus Reichsmitteln den entgangenen Verdienst entschädigt.

An die Arbeiter und Arbeiterinnen der Staatsbetriebe.

Von berufener Seite werden wir um Aufnahme folgender Maßnahme ersucht:

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Staatsbetriebe Spanndruck werden von unverantwortlicher Seite zu einer Demonstrationssammlung nach dem Sportplatz aufgerufen. Die Vorarbeiten für die Neuerrichtung in den Staatsbetrieben sind bereits so weit vorgeschritten, daß in kürzester Frist wieder ein Teil der Arbeiterschaft eingestellt werden kann. Da größere Aufträge in Aussicht stehen, werden bald weitere Einstellungen vorgenommen. Demzufolge wird die Arbeiterschaft ersucht, im eigenen Interesse solchen Veranstaltungen fern zu bleiben.

Groß-Berlin

Arbeiter und Parteigenossen!

In einer Zeit, in der unser Volk durch die schweren ihm auferlegten Trübsalen zur Einigkeit erregt worden ist, denken die Kommunisten und unabhängige Sozialisten nur daran, die Arbeitsschritte zu setzen und mit den Mitteln des brutalsten Terrorismus politische Unberücksichtigung zu unterbinden. Immer neue Fälle solcher Vorgehens gegen unsere Parteigenossen und gegen ehemalige Angehörige der Regierungstruppen werden gemeldet. Unsere am 8. Mai stattgehabte, von über 1000 Teilnehmern besuchte Funktionärerversammlung hat daher sehr einflussreich folgenden Antrag beschlossen:

„Die am 8. Mai versammelten Parteifunktionäre, Betriebsbetreuungsleute und Arbeiterräte der S. P. D. Groß-Berlin erkennen an, daß gegenwärtig keine Regierung ohne militärische Macht bestehen kann und daß zurzeit diese Truppen nur auf freiwillige Grundlage zu stellen werden können. Durch geeignete Zusammenfassung und Führung dieser Truppen muß dafür gesorgt werden, daß sie nur dem Schutze der revolutionären Erwerbsschichten und der selbständigen wirtschaftlichen Arbeit dienen und jeder Mißbrauch für reaktionäre Bestrebungen ausgeschlossen ist. Die Versammlung fordert daher die sozialistisch denkenden Arbeiter auf, in die freiwilligen Truppen und in die Einwohnerwehren der gegenwärtigen Regierung einzutreten, und verlangt von der Regierung, daß in nächstgelegener Nähe geeignete, auch politisch zuverlässige Unteroffiziere zu Offizieren befördert werden. Damit werden auch Ausschreitungen der Regierungstruppen nach Möglichkeit verhindert werden.“

Mit aller Entschiedenheit protestiert die Versammlung gegen jeden politischen Terrorismus, wie er in den Verfassungen der Versammlung und des Volksgenossen der Arbeiterräte sowie verschiedener Betriebsbetreuungsmaßnahmen gegen das Zusammenarbeiten mit ehemaligen Angehörigen der freiwilligen Truppen sowie in den Fällen Wolfstein und Richter zu Tage getreten ist. Die Versammlung ist völlig einverstanden, daß die S. P. D.-Praktiken der Arbeiterräte nach dem letzten Beschluß der Vollversammlung diese verlassen hat und ersucht die Arbeiterräte, nicht früher die Zusammenarbeit wieder aufzunehmen, bis die genannten Beschlüsse aufgehoben sind. Die Versammlung erklärt gleichzeitig, daß, wenn das nicht geschehen sollte, sondern Kommunisten und Unabhängige damit fortfahren, Mitglieder der S. P. D. aus politischen Gründen aus der Arbeit zu treiben, sie diesem Terrorismus mit gleichen Mitteln, mit aller Rücksichtslosigkeit begegnen werden. Der Bezirksverband wird beauftragt, in dieser Beziehung in Gemeinschaft mit den Funktionären die notwendigen Vorbereitungen zu treffen.

In dieser Stunde rufen wir noch einmal den Berliner Arbeitern zu, einzig zu sein und politische Meinungsverschiedenheiten mit den Mitteln geistlicher Auseinandersetzungen auszukämpfen, aber auf die Mittel des wirtschaftlichen Boykotts gegen politische andersdenkende Arbeitsträger zu verzichten. Unsere Genossen ersuchen wir, alle Fälle, in denen Mitglieder unserer Partei oder ehemalige Angehörige der Regierungstruppen oder Verwandte von solchen aus diesen Gründen von ihrer Arbeit vertrieben werden, dieses unverzüglich dem Bezirkssekretariat zu melden.

Gleichzeitig ersuchen wir unsere Parteigenossen, auf Beschwerden über die Tätigkeit und das Verhalten von Freiwilligen unter unserer Flagge das Sachverhalte und die Beweismittel dem Bezirkssekretariat (Abteilung für Soldatenpropaganda) zu melden, damit sofortige Nachprüfungen im Zusammenarbeiten mit den feindlichen politischen Stellen und die Befreiung der verhafteten Mitglieder bewirkt werden können.

Der Vorstand des Bezirksverbandes Groß-Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Lehrkursus des Bürgerausschusses Groß-Berlin.

Ueber die Lebensmittelversorgung Groß-Berlins gab Stadtrat Augustin Oberstendburg zunächst einen Ueberblick über die Entwicklung der Lebensmittelversorgung im Laufe des Krieges. — Zur Frage der Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung wird der Vortragsgegenstand auf die harten Bedenken hin, die eine beamtete Wirtschaftung vielfach leicht verwerflicher Waren in sich trägt. Während der Kaufmann noch rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeitet und da er selbst das Risiko trägt, auch schneller und kooperativer Entscheidungen fassen könne, ist der beamtete Einkäufer vielfachen Hemmungen ausgesetzt; auch müsse man sich klar machen, daß eine kommunalisierte Lebensmittelversorgung nur durchführbar ist bei Einführung eines Monopols für die Gemeinde und von Abgaben und Steuern, die zu beileihen feinerer als ein wesentlicher Erfolg geachtet habe. Wesentlich mehr sei ein ergänzendes Eingreifen der Gemeinden zur Sicherung der Zukunft und zur Regulierung der Preise und eine Förderung des genossenschaftlichen Zusammenarbeitens, sowohl der Konsumenten wie der Kleinverwerber, treiben zur Aufhebung des Zwischenhandels, soweit er überflüssig ist, zu empfehlen.

